

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Pressemitteilung Nr. 167/2004

Veröffentlicht am 10.05.2004

Thema: Ältere Menschen

Erwerbstätige richten sich auf längere Lebensarbeitszeit ein

Bundesministerium stellt Kurzbericht des Alterssurvey 2002 zum Thema "Geplantes und realisiertes Austrittsalter aus dem Erwerbsleben" vor

Immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen planen, länger zu arbeiten als bisher vorgehabt. Das ist das Ergebnis einer Teilstudie des Alterssurveys unter dem Titel "Geplantes und realisiertes Austrittsalter aus dem Erwerbsleben", die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde. Danach planen heute nur noch 35 Prozent der Erwerbstätigen im Alter von 40 Jahren, spätestens mit 60 Jahren aus dem Arbeitsleben auszuschneiden,

1996 waren es noch 50 Prozent. Die Studie, die vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) durchgeführt wurde, zeigt gleichzeitig auch, dass die Erwerbstätigen noch keine klaren Vorstellungen haben, wie viel länger sie arbeiten wollen.

"Der Trend, die Menschen immer früher aus gesellschaftlichen Funktions- und Verantwortungsbereichen auszugliedern, insbesondere der Arbeitswelt, ist nicht mehr zeitgemäß", sagte Bundesministerin Renate Schmidt. "Die demographische Entwicklung hat zur Folge, dass gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufgaben in Zukunft nur dann bewältigt werden können, wenn die Beteiligung aller - das heißt auch älterer Menschen - erfolgt. Der große Wandel, den wir derzeit in der Arbeitswelt erleben, macht eine Erwerbsbiografie nicht mehr in der gleichen Weise planbar, in der das vor ein, zwei Jahrzehnten noch der Fall war. Mit einer veränderten Lebensplanung reagiert die erwerbstätige Bevölkerung auf die veränderten Realitäten. Es ist ein Gewinn, wenn in der Arbeitswelt junge und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen vertreten sind. Denn in der Vergangenheit wurden die Erfahrung und das Fachwissen gerade Älterer oft zu wenig eingesetzt. Auch der Fünfte Altenbericht, den die Bundesregierung im Sommer 2005 vorlegen wird, befasst sich mit den Möglichkeiten einer besseren Einbindung von Älteren in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben."

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit rund 40 Prozent Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 64 Jahren im unteren Drittel des OECD-Durchschnitts von 48 Prozent. Schweden und Norwegen haben im Vergleich dazu mit 70 Prozent von Menschen in dieser Altersgruppe einen sehr hohen Beschäftigungsanteil. Der geringe Erwerbstätigenanteil in Deutschland erklärt sich durch die massive Förderung von Frühverrentung und Frühausgliederung bis zur Mitte der 1990er-Jahre. In ihrem Fortschrittsbericht 2004, der die Nachhaltigkeitsstrategie "Perspektiven für Deutschland" evaluiert, widmet sich die Bundesregierung deshalb der Frage, wie man die Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft besser nutzen kann als bisher.

Die Ergebnisse der Studie im Einzelnen:

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ihre Erwartungen hinsichtlich des Eintritts in den Ruhestand in den letzten Jahren deutlich verändert. So fiel der Anteil der Erwerbstätigen ab 40 Jahren, die mit spätestens 60 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollten, zwischen 1996 und 2002 von 50 auf 35 Prozent.

Gleichzeitig stieg der Anteil derjenigen, die keine konkreten Angaben zum geplanten Ausstiegsalter machen können, in sechs Jahren von 18 auf 32 Prozent.

Heute geht eine Mehrheit von 65 Prozent der Befragten davon aus, dass sie länger arbeiten werden, um im Ruhestand ein besseres Alterseinkommen zu erzielen.

- Die Abkehr von einem frühen Ausstieg aus dem Erwerbsleben vollzieht sich bei Frauen stärker als bei Männern und ist im Westen ausgeprägter als im Osten Deutschlands. Der Anteil erwerbstätiger westdeutscher Frauen, die planen, mit spätestens 60 Jahren in den Ruhestand zu gehen, verringerte sich zwischen 1996 und 2002 um 21 Prozentpunkte auf 36,3 Prozent. Bei den Ostdeutschen Frauen sank diese Quote um 20 Prozentpunkte auf 55,3 Prozent. Bei den erwerbstätigen Männern sank diese Erwartung jedoch nur um 14,1 Prozentpunkte auf 35,2 Prozent, bei den ostdeutschen Männern war sogar eine leichte Zunahme von 2,6 Prozentpunkte auf 32,5 Prozent zu verzeichnen.

Ein Grund für diese Entwicklung könnte die Anhebung der Altersgrenzen für die vorgezogene Frauenaltersrente von 60 auf 65 Jahren sein. Frauen haben die Altersgrenzenanhebung subjektiv bereits in einem höheren Maße vollzogen als Männer. Sie nennen häufiger ein konkretes geplantes Ausstiegsalter zwischen dem 61. und 65. Lebensjahr.

- Männer planen im Schnitt mit 62 Jahren ihren Austritt aus dem Erwerbsleben, Frauen mit 61,1 Jahren. Der Kurzbericht zeigt, dass die angehobenen Altersgrenzen für die vorgezogenen Altersrenten und die steigende Bedeutung der Regelaltersgrenze erst langsam als neue biografische Orientierungspunkte für die Ruhestandsperspektiven der Erwerbstätigen zwischen 40 und 60 Jahren gelten.

Gleichzeitig wird von den Befragten teilweise an unrealistisch frühen Ausstiegsplänen festgehalten, die vermutlich nicht oder nur mit erheblichen Einbußen des Alterseinkommens realisiert werden können.

Weitere Informationen zu der Teilstudie Geplantes und realisiertes Austrittsalter aus dem Erwerbsleben des Alterssurvey 2002 erhalten Sie beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter der Telefonnummer 030-20655-1061/62 oder hier

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=18252.html>

Die vollständige Teilstudie können Sie sich im Forschungsnetz des Bundesministeriums herunterladen.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

E-mail: poststelle@bmfsfj.de <<mailto:poststelle@bmfsfj.de>>

Internet: <http://www.bmfsfj.de> <<http://www.bmfsfj.de>>

Servicetelefon: 01801 90 70 50

Wann können Sie anrufen?

montags bis donnerstags von 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr